

Unter anderem in dieser Ausgabe:

EIN JAHR BUNDESTAG: SÖREN PELLMANN ZIEHT BILANZ s. 3

PRO UND CONTRA: MITGLIEDERENTSCHEID IN LEIPZIG s. 4 - 7

KEIN SOMMERLOCH: DAS WAR IM JULI UND AUGUST LOS s. 9 - 11

EIN BRAUNKOHLELOCH: BERICHT VOM KLIMACAMP s. 12

Veranstaltungstipp

Fit gegen rechte Hetze

Die AG Zukunft bietet im November erstmals einen Workshop gegen Rechte Hetze an. In diesem kann man lernen, wie man sich mit Argumenten von rechts Auseinandersetzt.

siehe letzte Seite

Mitteilungsblatt

Ausgabe 09/2018

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.

Auch wir sind dafür, dass unsere Kinder wieder länger gemeinsam lernen können.

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Rico Gebhardt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag und Vater von vier Kindern
www.linksfraktion-sachsen.de

Die Unterschriftensammlung zum Volksantrag wird mit einer landesweiten Großflächen-Aktion begleitet.

Bild: Kevin Reifig

Es geht los: Gemeinsam länger lernen in Sachsen!

Cornelia Falken Initiative zur Änderung des Schulgesetzes beginnt mit Unterschriftensammlung

Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger hat die Bildungspolitik für die Verbesserung der Lebensverhältnisse einen besonders hohen Stellenwert. Gleichzeitig ist das Versagen der CDU in diesem Bereich besonders groß.

Im internationalen Vergleich weist das Schulwesen in Sachsen ein erhebliches Modernisierungsdefizit auf: Andere Staaten haben das gegliederte Schulwesen längst durch „integrierte Systeme“ ersetzt. Die meisten Staaten arbeiten erst ab der Sekundarstufe II mit Formen der äußeren Differenzierung. Sie schneiden deswegen in internationalen Vergleichsstudien weitaus besser ab. Die Praxis in den anderen Ländern widerlegt den Einwand, dass eine individuelle Förderung durch langes gemeinsames Lernen verhindert werde.

In Sachsen selbst praktizieren zwei Schulen das längere gemeinsame Lernen bereits mit großem Erfolg - das Chemnitzer Schulmodell und die Nachbarschaftsschule hier in Leipzig (NaSch). Beide arbeiten mit einem besonderen pädagogischen Konzept. Es handelt sich um Gemeinschaftsschulen, in denen nach reformpädagogischen Grundsätzen unterrichtet und gelernt wird. Dazu zählen u.a. altersgemischte Klassenstufen, fächerverbindender Unterricht und Wochenplanarbeit. Die wissenschaftliche Begleitung der Schule bescheinigt der NaSch eine gute Arbeit. DIE LINKE tritt seit Jahr und Tag für das län-

gere gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen in einer „Schule für alle“ ein. Mit dem längeren gemeinsamen Lernen beseitigen wir die strukturelle Diskriminierung, die mit der frühzeitigen Aufteilung auf unterschiedliche Schularten verbunden ist. Aufgrund einer von unserer Landtagsfraktion in Auftrag gegebenen Umfrage wissen wir, dass zwei Drittel der Wählerschaft Sachsens eine Schule für alle befürworten und sogar drei Viertel einen Volksentscheid für längeres gemeinsames Lernen wollen.

Als Sachsen im Frühjahr ein neues Schulgesetz bekam, dachten sich unsere Landtagsfraktion: Wir laden den CDU-Bürgermeister aus Jena ein, damit auch die CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag etwas dazulernt. Denn es wäre doch schön, wenn die Gemeinschaftsschule überall in Sachsen möglich wäre, wo die Menschen sie haben wollen. Viele Eltern, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Vereine, Gewerkschaften, Wirtschaft und Handwerk fordern die Gemeinschaftsschule, in der alle Abschlüsse möglich sind. Die CDU-Fraktion hörte leider nicht auf die guten Erfahrungen und so ist die Gemeinschaftsschule im neuen Schulgesetz wieder nicht verankert.

Die Partei DIE LINKE unterstützt deswegen die aus der Bevölkerung kommende Initiati-

ve „Gemeinsam länger lernen in Sachsen. Eine Initiative zur Änderung des Schulgesetzes“, nach dem Vorbild des Nachbarlandes

Thüringen einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem flächendeckenden längeren gemeinsamen Lernen zu unternehmen, und zwar in Form des sogenannten Optionsmodells, bei dem die Schulen selbst über die Einführung einer Gemeinschaftsschulen entscheiden können. Dazu wird das Einvernehmen mit dem



Bild: Flaticon.com by Freepik

Schulträger (z. B. der Gemeinde) hergestellt. Das Kultusministerium ist an das Votum der Experten vor Ort gebunden. Unsere Landtagsfraktion unterstützt die Initiative außerdem mit einer landesweiten Plakataktion.

Es geht darum, jetzt Druck von unten zu machen, damit Sachsen nicht noch ein Vierteljahrhundert aufs längere gemeinsame Lernen warten muss. Es soll einen Volksantrag geben. Für diesen müssen Unterschriften gesammelt werden und dazu benötigen wir eure tatkräftige Unterstützung. Es wird Unterschriftenlisten in allen LINKEN Büros in Leipzig geben. Unsere Bitte: holt euch die Listen ab und sammelt Unterschriften. Sprecht eure Nachbarn, Freunde und Bekannte an. Fast jeder hat Kinder oder Enkel und würde somit vom neuen Schulgesetz profitieren. Wichtig ist, dass die Listen lesbar ausgefüllt sind und immer auch die Unterschrift vorhanden ist.



DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine
DIE LINKE. Leipzig bietet neben zahlreichen Kontaktmöglichkeiten auch Beratungsangebote vor Ort an. Diese sind für alle Interessierten offen und kostenfrei.

Sprechstunden:

- Do. 20. September 2018, 16:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32
Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Dr. Ilse Lauter
- Mo. 1. Oktober 2018, 16:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Suttgarter Allee 18
Bürgersprechstunde mit der MdL Cornelia Falken und dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann
- Mo. 15. Oktober 2018, 16:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Suttgarter Allee 18
Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann

Sozialberatungen:

- jeden Mi. 9:00 bis 14:00 Uhr, Bürger*innenbüro Nordstern, Georg-Schumann-Straße 171-175
Sozialberatung mit Erwerbsloseninitiative
- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15,
Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Mi. 13:00 bis 16:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 18
Sozialberatung mit Erwerbsloseninitiative
- jeden 1. & 3. Do. 14:00 bis 18:00 Uhr, Wahlkreis-Kulturbüro, Mariannenstr. 101,
Sozialberatung mit Steffen Klötzer
- jeden Do. 12:00 bis 15:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstr. 34,
Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15
Vereinsberatung (Alles rund um Buchhaltung & Projektabrechnung für gemeinnützige Vereine & Initiativen), Anmelden: prinzeessin@linxx.net

Im Stadtrat:

Fraktionssitzungen der LINKEN und die Ratsversammlung sind für Interessierte öffentlich.

- Fraktionssitzung:
26. September, 17:00 Uhr
Raum 259, Neues Rathaus
- Ratsversammlung:
22. August, ab 14:00 Uhr
Ratssaal, Neues Rathaus

Fortsetzung von Seite 1

Die Listen werden offiziell geprüft und nur wenn alles korrekt und lesbar ist zählt die Unterschrift. Damit sich der Landtag mit dem

Volksantrag befassen muss, benötigen wir 40.000 Unterschriften. Auf geht's. Tragen wir unseren Teil dazu bei.

Eine Million Kinder zum Schulbeginn auf Unterstützung für Schulmaterial angewiesen

Marianne Küng-Vildebrand Für immer mehr Familien mit Kindern wird zum Schuljahresbeginn die finanzielle Not noch größer. Ihre Kinder brauchen für das kommende Schuljahr Hefter, Stifte, Sportkleider und vieles mehr, dafür erhalten Harz IV Familien gerade mal pauschal 100 Euro pro Haushalt (!). Wer selber Kinder hat, weiß dass das nicht reicht. Dieser Betrag wurde seit 10 Jahren nicht mehr erhöht. 1.006.163 Schulkinder waren 2018 auf Unterstützung für den Schulbedarf angewiesen, 46.000 mehr als noch vor zwei Jahren. Das sind 15 Prozent aller Kin-

der. Wenn man bedenkt, dass den Familien, die mit Harz IV durchkommen müssen, auch noch das Kindergeld angerechnet und sie davon nichts haben, ist das sehr ungerecht. Gerade die Familien, die das Geld am dringendsten nötig haben, gehen leer aus. Dahinter versteckt sich die Armut der Eltern. Deshalb fordern wir als AG b&g einen Mindestlohn von mindestens 14 Euro die Stunde und eine wöchentliche Arbeitszeit von 30 Stunden, damit den Familien Zeit für die Kinder bleibt, und natürlich eine Mindestsicherung von monatlich 1050 Euro.

Leipzig soll roter Punkt auf der Landkarte bleiben

Franziska Riekewald Landtagswahl 2019

In einem Jahr wählt Sachsen einen neuen Landtag. Der Landesparteitag der sächsischen LINKEN Ende August stellte dafür die ersten Weichen, darunter die Beschlussfassung zum Mitgliederentscheid über die Spitzenkandidatur und eine Mitgliederbefragung zu den Schwerpunkten des Wahlprogramms. Strategische Schussfolgerungen aus der erheblich geänderten Ausgangssituation im Vergleich zu 2014 – insbesondere zum dramatischen Rechtsruck im Freistaat – spielten in Hoyerswerda nicht die entscheidende Rolle. Das ist etwas schade, denn der grüne Ex-Landtagsabgeordnete Johannes Lichdi hat mit seiner Wortmeldung „Sachsen wird schwarz-blau“ vor einigen Wochen eine bemerkenswerte Analyse der politischen Situation im Freistaat gegeben. In diesem Papier befürchtet der Autor, dass „eine schwarzblau(gelbe) rechtsvölkische Regierung mit dem Wahlzettel nicht (mehr) zu verhindern“ sei.

Aktuelle Umfragen bestätigen leider seine Befürchtungen, da sich CDU und AfD augenscheinlich ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den ersten Platz liefern werden. Bei der Prognose für die Erststimmen würden die CDU darüber hinaus mit starken Verlusten bei den Direktmandaten rechnen müssen. Bei der Landtagswahl 2014 hatte sie noch 59 der 60 Direktmandate gewonnen. Es gab nur eine Ausnahme: Genossin Juliane Nagel im Leipziger Süden. Heute würde sich die Anzahl

der Direktwahlkreis für die CDU nahezu halbieren. Immerhin werden für die LINKE auch vier Direktmandate prognostiziert, darunter eines in Dresden und drei in Leipzig. Damit hätte unser Stadtverband die Möglichkeit, an den Paukenschlag von Sören Pellmann beim Gewinn des Direktmandates zu den Bundestagswahlen 2017 anzuknüpfen und Leipzig erneut in einen dicken roten Punkt auf der politischen Landkarte Sachsens zu verwandeln.

Durch uns gewonnene Direktmandate sind ein wichtiges Signal an die Öffentlichkeit, dass die LINKE in bestimmten Wahlkreisen und Milieus hegemoniefähig ist und nicht ganz Sachsen im schwarz-blauen Sumpf versinkt. Ein derartiger Erfolg fällt aber nicht vom Himmel, sondern muss langfristig vorbereitet werden. Im Wahlkreis Mitte waren wir schon 2014 nah dran, denn Skadi Jennicke erhielt nur knapp 500 Stimmen weniger als die CDU-Kandidatin, die 2019 nicht wieder antritt. Als Stadträtin, die in Mitte wohnt und seit vielen Jahren in diesem Stadtbezirk kommunalpolitisch aktiv ist, würde ich gern an Skadis damaligen Achtungserfolg anknüpfen und versuchen im nächsten Jahr die CDU vom Thron zu stoßen. Bis dahin – das Vertrauen der Basis vorausgesetzt – ist es natürlich noch ein weiter Weg. Bei den Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 könnte aber schon eine erste Etappe erfolgreich zurückgelegt werden.

Die ersten Anträge im Abenteuer Bundestag – 1 Jahr als Abgeordneter

Sören Pellmann Sören Pellmann (MdB) zieht Bilanz

In diesem Monat jährt sich einer der größten Erfolge unseres Stadtverbandes – der Gewinn eines Direktmandates zur Bundestagswahl. Der 24. September 2017 stellte jedoch nicht nur die Wahlprognosen auf den Kopf, sondern auch mein eigenes Leben. Wurde ich noch kurz zuvor täglich aus unzähligen Kindermündern mit: „Guten Morgen, Herr Pellmann“ begrüßt, pendle ich nun ständig zwischen Leipzig und Berlin hin und her. Natürlich war das eine harte Umstellung und ich habe mit meinen Schüler*innen und Kolleg*innen zum Abschied die ein oder andere Träne verdrücken müssen. Aber ich freute mich auch unheimlich auf die bevorstehenden Aufgaben, gleichwohl diese mit jener Wahl deutlich umfangreicher geworden sind. Immerhin sitzt mit der AfD erstmals eine rechtspopulistische, teils rechtsextreme Partei im Bundestag. Dass sich damit der Umgangston deutlich verschärft, wusste ich spätestens seit meiner zweiten Rede, bei der ich durch Alice Weidel persönlich als Hetzer verunglimpft wurde.

Aber zurück zu den täglichen Aufgaben: Die erwarten mich nicht nur in Berlin, sondern auch hier vor Ort. In Leipzig nutze ich die Zeit zumeist für persönliche Gespräche mit Bürger*innen und lokalen Institutionen. So tourte ich beispielsweise in der sitzungsfreien Zeit im Frühjahr und gerade erst im Sommer durch Leipzig und das nähere Umland (mehr dazu auf Seite ???). Die sich daraus ergebenden Impulse nutze ich für die Frak-

tionsarbeit in Berlin. In der Linksfraktion des Bundestages, habe ich nicht nur die Sonderrolle als einziger außerhalb von Berlin direkt gewählter Abgeordneter, sondern bin thematisch für das Feld der Behindertenpolitik zuständig. Während ich die Anregungen aus Leipzig besonders in den Arbeitskreisen der Fraktion und damit in unsere Anträge im Bundestag einfließen lasse, gestalte ich jene zur Behindertenpolitik federführend.

Als ausgebildeter Förderschullehrer war ich mit dieser Thematik zwar durchaus vertraut. Aber ein paar Wochen brauchte ich dennoch, um mich in das neue bundespolitische Politikfeld hineinzufinden. Dabei wurde mir schnell klar: Die Schaffung umfassender Barrierefreiheit, wie sie in der rechtsverbindlichen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung im Jahr 2009(!) zentral gefordert wurde, ist bis heute in Teilen unerfüllt geblieben. Dies hat letztlich zur Folge, dass beispielsweise beim Besuch von Kinos, Theatern, Arztpraxen und anderen Gesundheitseinrichtungen vielen Menschen mit Behinderungen, aber auch Senior*innen oder Eltern mit Kinderwagen oft unüberwindbare Barrieren in den Weg gestellt werden. Barrierefreiheit ist für mich jedoch Grundlage für eine inklusive Gesellschaft und so formulierte ich hierfür meinen ersten Antrag, der nicht nur den öffentlichen, sondern auch den privaten Sektor zur Barrierefreiheit verpflichten sollte. Gleichzeitig sollte aber nicht nur die Privatwirtschaft im Allgemeinen verpflichtet

werden, sondern die Rechte der Betroffenen zum Beispiel durch die Einführung eines Verbandsklagerechts gestärkt werden. Ebenso hätten die klein- und mittelständigen Unternehmen bei der Umsetzung dieser Vorgaben finanziell gefördert werden müssen. Zwar signalisierten neben Bündnis90/Die Grünen auch die Sozialdemokraten in der Anhörung zum Antrag, dass dieses Vorhaben dringend umgesetzt werden müsse, aber letztlich entschied sich der Bundestag gegen eine derartige Verpflichtung. Das bedeutet, dass die Schwächsten der Gesellschaft, Menschen mit Behinderung, Kranke und Rentner*innen, weiterhin in ihrer Teilhabe eingeschränkt werden. Da bleibt noch viel zu tun.

Obwohl mein Hauptaugenmerk auf die Behindertenpolitik gerichtet ist, unterstützte ich auch Anträge zur Erhöhung der Grundsicherung, der Abschaffung von Hartz IV, die Erhöhung des Mindestlohns sowie die Sicherung der Renten. Leider fanden diese Anträge seitens der Regierungskoalition, aber auch bei FDP und AfD oft keinen Anklang. Die Mehrheit im Bundestag verkennt nach wie vor, dass die entscheidende Soziale Frage des 21. Jahrhunderts immer noch unbeantwortet ist und die aktuelle Politik hierfür keine Lösungen anbietet. Mit diesem Antrieb, weiterhin Lösungsansätze für die Wähler*innen zu geben, werde ich auch die nächsten drei Jahre Jahre verbringen, damit wir uns endlich hin zu einer gerechten Gesellschaft entwickeln können.



Bild: Oliver Gebhardt

„Was ihr wollt?“

Siegmond Mai Mein Standpunkt zum Thema Gesamtmitgliederversammlung

Nach reiflicher Überlegung habe ich mich doch entschieden, an die Parteiöffentlichkeit zu treten und meinen Widerspruch zur Durchführung von Gesamtmitgliederversammlungen (GMV), statt Stadtdelegiertenkonferenzen im Stadtverband Leipzig durchzuführen, anzumelden.

Begründung:

In dem durchzuführenden Mitgliederentscheid muss sich jedes einzelne Mitglied unseres Stadtverbandes gründlichst überlegen:

- kann und will ich an jeder Gesamtmitgliederversammlung teilnehmen,
- warum soll die bewährte Praxis von Stadtparteitagen und Vertreterkonferenzen abgeschafft bzw. delegitimiert werden,
- wieso soll eine GMV demokratischer sein als ein Parteitag der LINKEN in Leipzig,
- oder warum sollen geheime Wahlen der Delegierten und Vertreter*innen und damit die Meinungs- & Willensbildung undemokratischer sein,
- welche Mitglieder organisieren solche GMV zu welchen Themen oder in wessen Interesse,
- was kostet die Vorbereitung und Durchführung solcher Veranstaltungen,
- wie findet die Auswertung der Ergebnisse solcher Konferenzen statt?

Ich kann mir nicht alle Fragen selbst beantworten. Deshalb mein Widerspruch dazu. Eines weiß ich bzw. befürchte ich: Neben den regelmäßig in den Stadtbezirksverbänden

durchgeführten Mitgliederversammlungen und den vielfältigen Angeboten würden zusätzliche Termine anstehen, die bisherige Praxis von GMV, Foren und Basiskonferenzen zeigte: Zumeist werden diese von den Funktionären und wenigen aktiven Mitgliedern bzw. bestellten Mitgliedern für Mehrheitsbeschaffung besucht. Beispiel: Gesamtmitgliederversammlung zur Wahl für die Aufstellung der Kandidaten zur Bundestagswahl. Von ca. 1.400 Mitgliedern im Stadtverband haben in der Vergangenheit etwa 350-400 Mitglieder an solchen Konferenzen teilgenommen, also ca. 25 %. In den Stadtbezirksverbänden werden mehr Genossinnen und Genossen, vor allem Seniorinnen & Senioren erreicht. Im Stadtbezirksverband Leipzig-Nordwest nehmen immerhin ca. 75 % an den Veranstaltungen teil. Ein Grund: Man kennt den Weg zum Veranstaltungsort, es ist ein verhältnismäßig kurzer Weg und vor allem man kennt sich und fühlt sich wohl.

Eine Befürchtung habe ich und hoffe zugleich für die Zukunft, dass die Anzahl der Mitglieder 70+ prozentual weniger werden, aber deren Erfahrungen, deren Ansichten und Anliegen weniger gewertschätzt werden. Bei dem Gedanken, dass die „Alten“ hoffentlich mal eine Minderheit werden, überläuft mich ein kalter Schauer und ich stelle mir die Frage: Wie wird man in Zukunft mit diesen umgehen? Zwei Landesparteitage, auf denen die Minderheit der Sorben meiner Ansicht nach gerechtfertigte Anträge stellten, wurden nach Gegenrede von einem jüngeren Leipziger Parteitag delegierten abgelehnt. Zumindest haben diese Gegenreden das Abstimmungsverhalten

beeinflusst. „Trotz alledem“ werde ich an dem Mitgliederentscheid und der möglichen GMV teilnehmen. Wie ich mich entschieden habe, ist mit dem Widerspruch kundgetan. Werte Genossinnen und Genossen, geht bitte in Euch, wägt diesen oder jenen Fakt, den ihr lest oder hört, gut ab und entscheidet euch zum Wohl des Stadtverbandes und zu eurem eigenen Wohl.

Achtung: Mitgliederentscheid

Von Ende September bis zum 31. Oktober 2018 wird in einem Mitgliederentscheid darüber entschieden, ob der Stadtparteitag ab dem Jahr 2020, als oberstes Gremium des Stadtverbandes, wie bisher als Delegiertenversammlung oder zukünftig als Gesamtmitgliederversammlung durchgeführt wird.

Die Durchführung einer Delegiertenversammlung bedeutet, alle Mitglieder der 10 Stadtbezirksverbände, der BO RAT und der Leipziger Arbeitsgemeinschaften bestimmen VertreterInnen für den Stadtparteitag (insgesamt 114 Delegierte), welche anschließend die Repräsentation ihres Stadtbezirksverbandes und Gremien übernehmen. Die Durchführung einer Gesamtmitgliederversammlung bedeutet, dass alle Mitglieder (ca. 1400) des Stadtverbandes zum Stadtparteitag eingeladen werden und dort Rede- und Mitbestimmungsrecht besitzen.

Delegierten-Stadtparteitag oder eine Gesamtmitgliederversammlung

Gerd Krah Auf der 1. Tagung des 6. Stadtparteitages am 24.03.2018 wurde von Tilman Loos der Antrag gestellt, dass der Stadtparteitag künftig als Gesamtmitgliederversammlung durchgeführt werden sollte.

Der Antrag wurde von der Tagung so nicht angenommen, da von der AG Senio-ren*innen Bedenken angemeldet und der Stadtverband beauftragt wurde, dazu einen Mitgliederentscheid durchzuführen.

Laut § 9 der Landessatzung der Partei kann die Bezeichnung Kreisverband als auch Stadtverband geführt werden, was Letzteres auf uns zutrifft.

Laut § 10 Pkt. 1 der Landessatzung ist es gestattet, den Kreisparteitag als Mitgliederversammlung bzw. Delegiertenversammlung durchzuführen.

Warum sollten wir nicht weiterhin die Form

der Delegiertenversammlung in Leipzig durchführen?

Aus den Stadtbezirksverbänden werden Multiplikatoren ausgewählt / delegiert, um über die Ergebnisse der Delegiertenversammlung zu berichten bzw. an Wahlen teilzunehmen oder Beschlüsse / Anträge mit zu beschließen.

Damit werden viele Genossen*innen in die politische Arbeit eingebunden. Nicht nur 10% unserer Gesamtmitgliedschaft, wie im Antrag ausgeführt.

Wir älteren und zum Teil gesundheitlich beeinträchtigten Menschen sind in den Stadtbezirksverbänden gut integriert und werden von den Delegierten zum Stadtparteitag gut vertreten.

Das kann ich mir bei der Einberufung einer Gesamtmitgliederversammlung nicht vor-

stellen. Bei mehr als 1400 Mitgliedern unseres Kreisverbandes komme ich mir wie ein Sandkorn in der Wüste vor.

Im Antrag wird formuliert, dass der Stadtparteitag eine Mitmach- und Mitgliederversammlung werden soll. Was war denn der Stadtparteitag mit Delegiertenversammlung vorher? Hatten wir keine Mitmachmöglichkeiten?

Die letzte Bundestagswahl zeigt uns ein anderes Ergebnis.

Der Argumentation im Antrag, dass wir von den 13 sächsischen Kreisverbänden der letzte Kreisverband sind, der noch eine Delegiertenversammlung durchführt und dass die CDU, FDP und Grünen in Leipzig ihre Parteitage auch als Mitgliederversammlung durchführen, kann ich nicht folgen.

Mitgliederpartei mit Mitgliederversammlungen

Tilman Loos Position für eine Gesamtmitglieder- statt einer Delegiertenversammlung

Derzeit führen wir unsere Stadtparteitage als Delegiertenversammlung durch. Was heißt, dass in allen der 11 Ortsverbände (10 SBVs und BO RAT) sowie den Zusammenschlüssen (AGs etc.) Gesamtmitgliederversammlungen stattfinden, auf denen für zwei Jahre Delegierte gewählt werden, welche sich dann wiederum zu den Stadtparteitagen treffen. Die Alternative dazu sind Gesamtmitglieder-

Rahmenbedingungen für Gesamtmitgliederversammlungen gegeben - und auch die Notwendigkeit: Wir verzeichnen seit einiger Zeit glücklicherweise wieder Netto-Zugewinne an Mitgliedern und insgesamt haben wir zahlreiche neue Genoss*innen. Das ist schön - aber auch schwierig. Denn unsere Partei ist, wie alle anderen Parteien auch, zunächst erstmal ein unverständliches, verwirrendes und auch bürokratisches Organisationskonstrukt. Zumal es lange dauern kann, bis ein aktives Mitglied als stimmberechtigte*r Delegierte*r zum Stadtparteitag kann. Vielleicht hat man Pech, und die letzten Delegierten wurden wenige Wochen nach dem eigenen Eindruck gewählt. Vielleicht kommt man aus einem kleinen Ortsverband, in dem die wenigen Plätze schon durch engagierte „Platzhirsche“ besetzt sind. Kurzum: Letztlich werden 90 % unserer Mitglieder keine Delegierten sein (derzeit: 1.400 Mitglieder, meist ca. 110 - bis 120 Delegierte). Das führt auch dazu, dass das, was auf Stadtparteitagen passiert, „weit weg“ zu sein scheint. Das trifft auch auf die Debatten und Beschlüsse zu. Man mag jetzt einwenden: „Aber darüber wird berichtet!“, und „Das kann man ja im MiB nachlesen!“ - all das ist richtig, doch ändert es nichts an dem Umstand, dass wer dabei war, mit abgestimmt oder vielleicht sogar einen eigenen (Änderungs-)Antrag verfasst hat, oft mit mehr Herz bei diesen Sachen ist, mehr Eindrücke gewinnt und die innerparteiliche Demokratie letztlich direkter erfährt. Kurzum: Man ist eher dabei, weil man mittendrin ist. Das sorgt nicht nur für mehr Impulse, sondern hilft auch, die Positionen der Partei nach außen zu vertreten. Eine Gesamtmitgliederversammlung ist ein basisdemokratisches Angebot an alle unsere Mitglieder - egal ob alte oder junge, neue oder langjährige. Diese unmittelbare Einbeziehung in die Entscheidungsfindung macht unsere Partei erlebbarer und attraktiver. Ein paar weitere Gründe möchte ich zusammengefasst nennen:

a) Es ist nicht neu: Auch bisher gab es in Leipzig Gesamtmitgliederversammlungen - allerdings nur im Vorfeld von staatlichen Wahlen. Wir haben also Erfahrungen in der Organisation und Durchführung dieser Versammlungen.

b) Woanders klappt's auch: Im Landesverband Sachsen gibt es 13 Kreisverbände. Einer davon ist der Stadtverband Leipzig. Alle anderen 12 Kreisverbände führen ihre Parteitage als Gesamtmitgliederversammlungen durch. Freilich: Die meisten sind kleiner. Allerdings gilt es in den Flächenkreisverbänden sehr weite Wege zurückzulegen - das ist bei uns erfreulicherweise anders. Der Stadtverband Dresden hat mit ca. 1.100 Mitgliedern zwar ca. 300 weniger als Leipzig, doch auch

dort werden seit Jahren mit mehr als 1.000 Mitgliedern Stadtparteitage erfolgreich als Gesamtmitgliederversammlungen durchgeführt. (Als Dresden dieses Praxis begonnen hat, gab es dort übrigens noch etwas über 1.400 Mitglieder - also in etwa so viele wie jetzt in Leipzig).

Mir sind in der Debatte zudem auch weitere Gegenargumente begegnet, mit denen ich mich kurz auseinandersetzen möchte:

a) Geld I: Ja, Gesamtmitgliederversammlungen sind insgesamt teurer als Delegiertenversammlungen. Das ist nicht ungewöhnlich: Demokratie und Mitbestimmung kosten Geld - so wie auch Veranstaltungen Geld kosten. Beides bringt aber auch etwas: Veranstaltungen wirken nach außen, direkte Beteiligung in der Partei nach innen.

b) Geld II: Im Vorfeld einer sommerlichen Stadtvorstandssitzung kursierten Zahlen, die mitunter schlichtweg falsch waren. Einiges davon dürfte korrigiert sein, zeigt jedoch, dass hier ggf. mit zurechtgebogenen Zahlen argumentiert werden soll. Dazu kommt: Es lässt sich (auch jetzt schon) Geld sparen. Antragsunterlagen könnten für alle, die dies wünschen, nur noch digital zugestellt werden - gut für's Geld, gut für die Umwelt und auf Landes- und Bundesebene bereits üblich. Am meisten schlagen die Mietkosten zu Buche. Allerdings: Es wurde nur sehr wenige Objekte angefragt. Auf diesen wenigen Angeboten basierend wird nun behauptet, es gäbe nichts günstigeres - fragwürdig!. (Weitere Objekte wären: Alte Wollkämmerei, Haus Leipzig, Altes Landratsamt, Eventpalast Leipzig, Pavillon der Hoffnung...)

c) Teilhabe: In meinem Ortsverband wurde von einigen Diskutant*innen eingewendet, ein zentraler Veranstaltungsort würde Genoss*innen ausschließen, weil die Wege zu weit wären. Dem kann ich nicht folgen: Auch Versammlungen wie die Landessenior*innenkonferenz, die Treffen der AG Senioren und die bisherigen Gesamtmitgliederversammlungen und auch Stadtparteitage fanden und finden zentral statt. Sollten Menschen zu diesen nicht kommen können, ist das bereits jetzt ein konkretes Problem - und keines, das nur durch die hier diskutierte Änderung entstehen würde. Und es ließe sich sicher lösen: Mit Hilfe von gemeinsamen Fahrgemeinschaften von jungen und älteren Genoss*innen.

d) Nichts wird verboten: Die Stadtbezirksverbandsstrukturen existieren weiterhin und werden durch diesen Vorschlag keineswegs abgeschafft.

e) Nichts ist unumkehrbar: Sollte es nach 2 Jahren schlechte Erfahrungen geben, kann man qua Beschluss auch zum Delegiertenprinzip zurückkehren.

heid

Zeitplan:

- Ab sofort: Parteiinterne Diskussion zur Abstimmung u.a. im Mitteilungsblatt
- 24. - 28. September: Versenden der Unterlagen an alle Mitglieder
- 30. September: Beginn des Abstimmungszeitraums
- 31. Oktober: Ende des Abstimmungszeitraums
- ab 1. November: Auszählung der abgegebenen Stimmen
- 17. November: Bekanntgabe des Ergebnisses des Mitgliederentscheids auf der 2. Tagung des 6. Stadtparteitages, anschließend auch über die Parteiinternen Informationskanäle (Homepage, MiB, etc.)

versammlungen: Alle unsere Mitglieder werden damit zu „Delegierten“, alle haben nicht nur gleiches Rede-, sondern auch gleiches Stimmrecht. Die Möglichkeit dazu ist neu: Erst zur 4. Tagung des 4. Stadtparteitages am 21. November 2015 wurde diese Möglichkeit auf Vorschlag der Satzungskommission mit überwältigender Mehrheit in die Satzung unseres Stadtverbandes aufgenommen. Aus meiner Sicht ist die Zeit gekommen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Eines möchte ich jedoch vorab festhalten: Es ist keineswegs so, dass der repräsentative Ansatz, der mit Vertreter*innen oder Delegierten arbeitet, per se undemokratisch ist oder der basisdemokratische, alle direkt einschließende Ansatz, per se besser ist. Das hängt ganz von den jeweiligen Rahmenbedingungen ab. Es wäre aus meiner Sicht falsch, auf Bundes- oder Landesebene auf Gesamtmitgliederversammlungen zu setzen. Dort hingegen sind andere Formen ergänzender, basisdemokratischer Mitbestimmung, wie beispielsweise Mitgliederentscheide, vorzuziehen. Bei uns in Leipzig hingegen sind die

Partizipation gestalten

Stadtvorstand Über die Chancen und Grenzen direktdemokratischer Elemente vor dem Kontext des Mitgliederentscheides zur Gesamtmitgliederversammlung

Dieser Artikel wurde anlässlich des bevorstehenden Mitgliederentscheides vom Stadtverbandsvorsitzenden Adam Bednarsky angeregt. Die Darstellung basiert auf der Argumentation aus den Teilmittgliederentscheidungen des Stadtverbandes. Die Textversion wurde in einem mehrstufigen Abstimmungsprozess mit den Mitgliedern des Stadtverbandes abgestimmt und durch sie mit großer Mehrheit im Umlaufverfahren beschlossen.

Von Ende September bis zum 31. Oktober 2018 wird in einem Mitgliederentscheid darüber entschieden, ob der Stadtparteitag ab dem Jahr 2020, als oberstes Gremium des Stadtverbandes, wie bisher als Delegiertenversammlung oder zukünftig als Gesamtmitgliederversammlung durchgeführt wird. Die Durchführung einer Delegiertenversammlung bedeutet, alle Mitglieder der 10 Stadtbezirksverbände, der BO RAT und der Leipziger Arbeitsgemeinschaften bestimmen VertreterInnen für den Stadtparteitag (insgesamt 114 Delegierte), welche anschließend die Repräsentation ihres Stadtbezirksverbandes und Gremien übernehmen. Die Durchführung einer Gesamtmitgliederversammlung bedeutet, dass alle Mitglieder (ca. 1400) des Stadtverbandes zum Stadtparteitag eingeladen werden und dort Rede- und Mitbestimmungsrecht besitzen.

Im politischen Alltag unserer Partei gibt es kaum einen größeren Konsens, als den, dass Partizipation (lt. Wikipedia: „...die Teilhabe und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen.“) das zentrale Element demokratischer Prozesse ist. Partizipation ist damit gleichzeitig der Weg und das Ziel guter Politik.

Chancen: Gut gestaltete Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten bieten viele Chancen für das einzelne Parteimitglied, aber auch für die Partei generell. Damit können sie auch zur gemeinsamen Lösung von Problemen beitragen. Partizipatorische Instrumente wie direkte Wahlen, Referenden u.ä. können damit zentral zur Stärkung demokratischer Legitimität und damit dem Kampf gegen Politikverdrossenheit beitragen. Sie könnten so auch die Attraktivität der politischen Arbeit unseres Stadtverbandes steigern und mehr Mitglieder zu eigenem Engagement motivieren. In Form von Gesamtmitgliederversammlungen wäre es möglich auch neuen oder sonst wenig aktiven Mitgliedern die Gelegenheit zu geben, sich auf Stadtebene einzubringen. Das Aufeinandertreffen der Vielfalt der Parteimitgliedschaft kann Motivation sein, das eigene Engagement erhöhen, Vernetzung ermöglichen, das Gemeinschaftsgefühl im Stadtverband stärken und dadurch letztendlich zu einer lebendigen innerparteilichen De-

mokratie beitragen.

Zudem bildet eine Gesamtmitgliederversammlung potentiell die Mitgliedervielfalt besser ab, da mit ihnen vermittelnde und damit eventuell das politische Ergebnis verzerrende und ausgrenzende Zwischenstufen (z.B. Wahlen und Abstimmungen über Delegierte) entfallen. Im Ergebnis kann das dazu führen, dass die Meinung jedes einzelnen Mitglieds besser gehört wird. Denn auf einer Gesamtmitgliederversammlung haben alle 1.429 Mitglieder des Stadtverbandes statt der bisherigen 114 Delegierten ein Mitspracherecht. Jede und jeder darf kommen, mitreden und abstimmen.

Grenzen: Bei der Ausgestaltung und Auswahl geeigneter Wege tun sich auch Risiken für die angestrebte Teilhabe auf. Denn schon bei der Möglichkeit zur Beteiligung sind die Voraussetzungen meist nicht so gleich, wie sie eine offene Teilnahme erscheinen lässt. So unterliegen ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen häufig starken Mobilitätseinschränkungen. Ist, wie in Leipzig, die Bevölkerungsstruktur zwischen einzelnen Stadtbezirken (in Alter, Einkommen etc.) sehr unterschiedlich, können damit nicht „nur“ einzelne Bevölkerungsgruppen, sondern sogar ganze Stadtviertel unterrepräsentiert sein, auch weil der Ort der Zusammenkunft und die damit verbundene Entfernung zum Wohnort entscheidend für die Zusammensetzung des Parteitages sein kann. Am Ende sind deshalb gestuft demokratische Verfahren (hier über Delegierte) im Ergebnis eventuell sogar demokratischer, da sie eine gleichgroße Partizipation aller Stadtbezirksverbände gewährleisten. Zudem könnte eine Verlagerung der Auseinandersetzung von den einzelnen Stadtbezirksverbänden auf Stadtebene das Engagement in den lokalen Organisationen unattraktiver machen.

Darüber hinaus stellen direktdemokratische Elemente die durchführenden Verbände vor enorme personelle und finanzielle Herausforderungen. In diesen Prozessen gebundene Ressourcen fehlen zwangsläufig an anderer Stelle. Das gilt für unsere Partei, welche als einzige keine Großspenden von Konzernen & Co. annimmt, umso mehr. In der Praxis würde nach Berechnungen der Schatzmeisterin eine Mitgliedergesamtversammlung mit Kosten von mind. 20.000 Euro pro Jahr etwa die Hälfte des aktuellen Jahresbudgets für allgemeine politische Arbeit des Stadtverbandes einnehmen (siehe Tabellen) – zusätzlicher personeller Aufwand nicht eingerechnet. Dieses Geld würde für andere Zwecke fehlen. Weiterhin müssen die personellen Kapazitäten unseres Stadtverbandes in die Betrachtung einbezogen werden: für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung

eines Stadtparteitags als Gesamtmitgliederversammlung wären die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle über mehrere Wochen eingebunden. Die sonstige Arbeit der Geschäftsstelle würde während dieser Zeit ruhen. Ferner sind für die Durchführung des Parteitags als Gesamtmitgliederversammlung wesentlich mehr HelferInnen nötig als aktuell. Die Erfahrungen der letzten Parteitage lässt erhebliche Zweifel offen, ob eine derart hohe Anzahl an Freiwilligen mobilisiert werden kann. Gerade für die HelferInnen haben wir als Stadtverband die Verantwortung deren Kräfte nicht im Übermaß zu verschleifen.

Partizipation gestalten: Wie gestaltet man nun Partizipation innerhalb dieses Spannungsverhältnisses optimal?

Die bisherige Ausgestaltung des Stadtparteitages über eine Delegiertenversammlung war ein Kompromiss der dargestellten Positionen. In dieser Form hatten alle Mitglieder die Möglichkeit über ihre Ortsverbände zu partizipieren und VertreterInnen zu bestimmen. Sie konnten jedoch keinen direkten Einfluss auf die Beschlüsse des Stadtparteitages nehmen.

Die zur Abstimmung stehende Ausgestaltung des Stadtparteitages als Gesamtmitgliederversammlung böte dagegen allen Mitgliedern des Stadtverbandes die Möglichkeit sich direkt am Stadtparteitag zu beteiligen. Wie das umsetzbar ist und ob das tatsächlich dazu führt, dass die Ergebnisse den Willen der Mehrheit des Stadtverbandes besser darstellen, ist wie oben dargestellt strittig.

Alternativ böte die Satzung des Stadtverbandes, neben den anderen bestehenden, vielfältigen Gelegenheiten sich aktiv in die Arbeit der Stadtbezirksverbände einzubringen, die Möglichkeit zur Bildung sogenannter Stadtforen. Sie können auf Initiative von Stadtverbandsmitgliedern initiiert werden und an Ihnen kann jedes Mitglied des Stadtverbandes stimmberechtigt teilnehmen. Über sie haben Parteimitglieder das Recht für den Stadtpar-

Übersicht Ausgaben Stadtverband Leipzig 2018*	
Kostenart	Kosten
Personalkosten	56.000,00 €
Laufender Geschäftsbetrieb	22.000,00 €
Allgemeine politische Arbeit	44.800,00 €
Darunter Konferenzen/Tagungen	4.800,00 €
Rekonstruktion Liebknecht-Haus	14.000,00 €
Summe	136.800,00 €
* ohne Abführungen an andere Ebenen	

	Delegiertenparteitag			Gesamtmitgliederversammlung		
	Alle zwei Jahre finden in den Stadtbezirksverbänden Basisversammlungen mit Wahlen der Delegierten statt. Binnen zwei Jahren finden vier Tagungen des SPT statt.			Es finden keine Delegiertenwahlen statt. Alle Mitglieder werden direkt zur SPT eingeladen. Binnen zwei Jahren finden vier Tagungen des SPT statt.		
	Kostenart	Kosten	Summen	Kostenart	Kosten	Summen
Vorwahlen	Miete Basisvers.	11 x 100€	1.100,00 €	Keine Delegiertenwahlen notwendig.		
	Porto f. Einladungen	1.429 x 0,70€	1.000,30 €			
	Druckkosten Einladung	1.429 x 0,06€	85,74 €			
	Summe Vorwahlen		2.186,04 €			
Option 1	Miete SPT mit Technik	4 x 464,31€	1.857,24 €	Miete GMV (Saal f. 500 P.)	4 x 5.569,20	22.276,80 €
	Porto f. Einladungen	4 x 120 x 1,45€	696,00 €	Porto f. Einladungen	4 x 1.429 x 1,45	8.288,20 €
	Druckkosten Dokumente	4 x 120 x 1,80€	864,00 €	Druckkosten Dokumente	4 x 1.429 x 1,80	10.288,80 €
	Summe DV		3.417,24 €	Minimal		40.853,80 €
Option 2	Kein anderer Raum notwendig.			Miete GMV (Saal f. 700 P.)	4 x 10.271,37	41.085,48 €
				Porto f. Einladungen	4 x 1.429 x 1,45	8.288,20 €
				Druckkosten Dokumente	4 x 1.429 x 1,80	10.288,80 €
				Maximal		59.662,48 €
Summe				min. Kosten in 2 Jahren		40.853,80 €
	Kosten in 2 Jahren			5.603,28 €	max. Kosten in 2 Jahren	59.662,48 €

teitag, Stadtvorstand und die Gliederungen beratend und empfehend tätig zu werden. Bei ihrer Arbeit werden die Foren und ihre Arbeitsgruppen zudem verpflichtend finanziell und organisatorisch durch den Stadtverband unterstützt. Stadtforen könnten damit als alternatives oder ergänzendes Format den Mit-

gliedern in Leipzig mehr direkte Partizipation und politische Mitgestaltung ermöglichen. Die bereits vorhandenen Mittel der Partizipation wie die Stadtforen gilt es, zukünftig verstärkt zu nutzen. Zudem können die bereits existierenden, zahlreichen Gesamtmitgliederversammlungen, die im Zuge von

Aufstellungsverfahren bei Bundestags- und Landtagswahlen gesetzlich vorgeschrieben sind, als Räume des Kennenlernens und Vernetzens stärker zu nutzen. Hier stehen wir alle in der organisatorischen Verantwortung, ohne dass eine erhebliche finanzielle Belastung zu Buche schlägt.

Wer geht schon ohne Wahlrecht ins Wahllokal?

Adelheid Noack Eine GMV statt einer Delegiertenversammlung wäre gerade für die neuen Mitglieder eine gute Sache

Im Februar 2016 bin ich in unsere Partei DIE LINKE. eingetreten. Ja klar, ich war vorher schon während meines Studiums in verschiedenen Gremien und Strukturen aktiv; trotzdem war erst mal alles neu für mich: die Leute, die Orte und eben auch die Strukturen.

Bis heute kann ich nicht behaupten, zu wissen, wo, wie und wann welche Unterorganisation oder welches Parteigremium was macht und welche Aufgaben es innehat. Es gibt BOs, BVs, SVs, KVs, LVs, PV, FV, IGs, AGs, LAGs, BAGs und viele mehr. Außerdem gibt es Parteitage auf Bundes-, Landes-, Stadt- und Kreisebene. Diese können als Delegiertenversammlung oder als Gesamtmitgliederversammlungen (GMV) durchgeführt werden.

Meistens wird das Format einer Delegiertenversammlung gewählt: ein Treffen von Mitgliedern der Partei, die zuvor durch ihre jeweilige Unterorganisation (bspw. den Stadtbezirksverband) delegiert wurden. Für den Bundes- und Landesparteitag ist das auch auf jeden Fall sinnvoll. Das wären sonst echt viele Menschen (Stand Dezember 2017: Bundespartei: 62.298, Landespartei: 8.261 Mitglieder).

Als Delegierte*r hat man viel Verantwortung. Man muss sich vorher in die Unterlagen einlesen und sich möglichst mit den Mitgliedern der Unterorganisation abstimmen, wie man sich zu welchen Anträgen verhalten soll. Delegieren bedeutet eben Arbeit zu verteilen

bzw. Arbeit abzugeben.

So ist es für viele, die nicht delegiert werden, schwer wirklich aktiv an einem Parteitag teilzunehmen. Man kann eben nicht unmittelbar mit(bei)stimmen. Dementsprechend gering ist die Motivation, sich mit den Inhalten und Anträgen auseinanderzusetzen, was ich aus eigener Erfahrung kenne.

Das bedeutet vielleicht auch, bei Gesprächen zwischen Genoss*innen nicht immer mitreden zu können, da kommt man sich manchmal etwas ausgeschlossen vor. Klar sind alle Parteitage öffentlich und wer möchte, kann auch ohne Mandat teilnehmen. Nur wer geht schon ohne Wahlrecht ins Wahllokal?

Ich bin noch nicht so lange in der Partei und finde Parteitage sehr spannend. Man bekommt so viele Einblicke in die Diskussionskultur der Genossen*innen, die mal mehr, mal weniger und an den unterschiedlichsten Orten gelebt wird. Es ist echt schade, wenn sich Mitglieder daran nicht beteiligen können, weil sie auf die nächste Wahl der Delegierten warten müssen (Delegierte sind meist für einen längeren Zeitraum gewählt) oder schlicht nicht delegiert werden. Solche Nachteile gibt es bei einer GMV nicht.

Auf einer GMV treffen sich (theoretisch) alle Parteimitglieder, die im Gebiet des einberufenden Gremiums wohnen. Also wenn ich mit meinem Stadtbezirksverband eine GMV organisiere, laden wir alle Mitglieder der Partei

ein, die in diesem Stadtbezirk wohnen. Wenn der Stadtverband eine GMV veranstaltet, lädt er alle Mitglieder ein, die in der Stadt wohnen.

Ja, es sind natürlich viele Leute, man braucht viel Platz, die Organisation und Ausführung wird wahrscheinlich mehr Zeit in Anspruch nehmen und vermutlich wird es auch mehr Geld kosten als eine Delegiertenversammlung – trotzdem finde ich es super, denn wann hat man denn sonst die Gelegenheit so viele Mitglieder der Partei zu treffen, miteinander zu diskutieren und sich besser kennen zu lernen? Besonders Neumitglieder profitieren von einer GMV, da sie sich sofort einbringen können und einbezogen fühlen. Das sorgt natürlich auch dafür, dass ein reger Austausch untereinander stattfindet. Die Genoss*innen, die schon länger dabei sind, können ihre Erfahrungen weitergeben, jüngere bzw. neue Genoss*innen können ihre Ideen und Visionen äußern. Und was dann alles passieren kann! Es gibt einen Meinungs austausch, vielleicht auch mal Streit, es werden Kompromisse geschlossen, oder der eine oder der andere Vorschlag setzt sich durch.

So funktioniert doch Demokratie, oder? Ein weiteres Pro für die GMV: Man hat die Möglichkeit, viele tolle Leute kennen zu lernen und noch lustigere Tage und Abende zu verbringen. :-) Find ich super!

Ein linker Ort mit Zukunft

Adam Bednarsky Vorschläge für den Ausbau des Liebknecht-Hauses

Die Leipziger LINKE verfügt mit dem Liebknecht-Haus seit zwei Jahrzehnten über ein traditionsreiches, lebendiges und überregional bekanntes Domizil. Neben den diversen Abgeordnetenbüros und der Fraktionsgeschäftsstelle im Neuen Rathaus sind wir damit an einem linken Standort in zentraler Lage präsent, der erfreulicherweise auch komplett vermietet ist. Auf Initiative von Dr. Dietmar Pellmann pachtete DIE LINKE Leipzig zunächst 1998 das Gebäude in der Braustraße 15. Im Jahr 2007 erfolgte dann der Kauf des Geburtshauses von Karl Liebknecht - ein kühner Schritt in bewegten Zeiten. Dank des großen Engagements hunderter Parteimitglieder konnten die Gesamtkosten für Grundstückserwerb, Sanierung und Ausbau in Höhe von 496.031,72 Euro aus eigener Kraft erbracht werden. Derzeit wird das Haus schrittweise weiter ertüchtigt.

Es ist nunmehr Zeit für den nächsten Schritt: Eine moderne sozialistische Partei braucht für die erfolgreiche Bewältigung der künftigen Herausforderungen die notwendige Infrastruktur. Besonders der behindertengerechte Zugang und ein multifunktionaler Veranstaltungsraum gehören dazu. Der Anbau einer

Aufzug-Anlage könnte hier Abhilfe schaffen. Wir wollen aber nicht zu kurz springen. Im Rahmen der Planung eines Aufzuges entstand die Idee, das Vorderhaus durch einen barrierefreien Anbau im hinteren Teil des Grundstücks zu ergänzen, in dem im Erdgeschoss ein entsprechender Veranstaltungsraum (80 Plätze) untergebracht ist. Dieser wäre barrierefrei erreichbar. Im ersten und zweiten Geschoss könnten Gewerberäume errichtet und vermietet werden.

Bereits zur letzten Tagung des 6. Stadtparteitages lagen den Delegierten erste Planungs-skizzen, eine Kostenschätzung und Vorschläge für die Refinanzierung vor. Bis zum nächsten Stadtparteitag im November wird derzeit ein Antrag erarbeitet, der die Planung einer Machbarkeitsstudie für die Errichtung eines Neubaus im Hinterhof des Liebknecht-Hauses und einer Aufzugsanlage zum Gegenstand hat.

Unser Stadtverband wächst weiter und wir wollen ihn organisatorisch und inhaltlich weiter zukunfts-fest gestalten. Auch infrastrukturell sollte die Leipziger LINKE wachsen: nutzen wir die Möglichkeiten, über die wir verfügen. Gern stehen der Architekt Sebas-

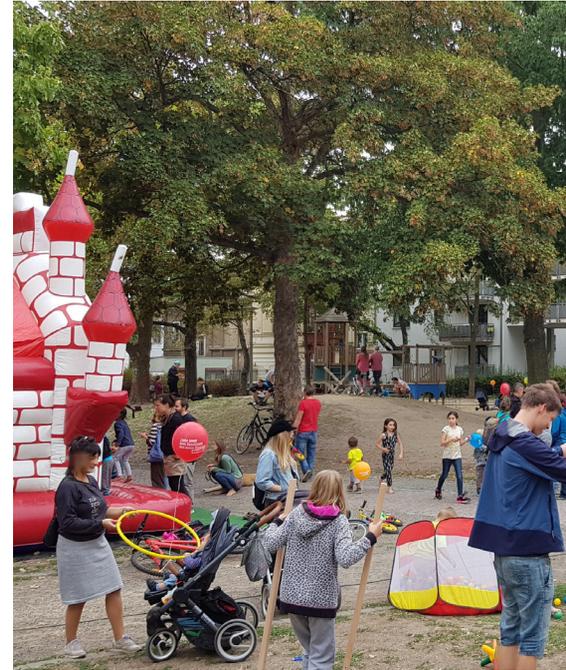


Bild: Marco Böhme

tian und ich für alle Fragen zum Projekt zur Verfügung. Gern kommen wir zu euch in die Basisorganisationen. Ich freue mich auf die Diskussion mit Euch - schaffen wir gemeinsam unser Liebknecht-Haus der Zukunft.

Perspektivwechsel

Sören Pellmann Einmal im Jahr rufen Verbände die Liga der freien Wohlfahrtspflege PolitikerInnen zum Seitenwechsel auf. Im Projekt „Perspektivwechsel“ schlüpfen dann PolitikerInnen für einen Tag in die Arbeit von SozialarbeiterInnen, Pflegepersonal & Co. und sprechen mit EinrichtungsleiterInnen, Angestellten und BewohnerInnen.

In diesem Jahr war ich zu Gast im Prof.-Peter-Uibe-Haus, einem Wohnheim für körper- und mehr-fachbehinderte Erwachsene der Humanitas Leipzig gGmbH. Ich durfte bei der Morgenroutine der BewohnerInnen dabei sein und mir, geführt von der Geschäftsführerin Frau Heisgen und dem Pflegeleiter Herr Endler, einen Einblick in die Wohn- und Lebensräume der Einrichtungen machen. Im Gespräch erklärten mir die VertreterInnen der BewohnerInnen Frau Reim, Christian und Thomas Wetendorf, Herr Kleine und der Pfleger Herr Friese ihre alltäglichen Herausforderungen und an welchen Stellen sie politische Fehlentscheidungen unmittelbar spüren können.

Obwohl es eine mit dem Prof. Peter-Uibe-Haus vergleichbare Einrichtung in Sachsen nur noch in Chemnitz gibt, können sich auch langjährige BewohnerInnen und VertreterInnen des Heimbeirates nicht erinnern, hier schon einmal Menschen aus der Politik gesehen oder mit Ihnen persönlich gesprochen

zu haben. Dabei betreffen viele lokalpolitische Vorgänge sie unmittelbar jeden Tag.

Ein Großteil der vor allem jungen BewohnerInnen ist geistig fit und hat deshalb selbstverständlich das Bedürfnis nach aktiver Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und den Anspruch auf selbstbestimmte Lebensgestaltung. Der überwiegende Anteil sitzt jedoch im Rollstuhl und benötigt auf Grund der teilweise sehr starken körperlichen Einschränkungen Hilfe bei der Gestaltung des Alltags. Zu selbstbestimmter und selbstverantwortlicher Lebensgestaltung gehört dabei alles: vom eigenen Job, über Haushaltspflichten im Wohnheim bis hin zu gelegentlichen Konzertbesuchen. Im Alltag das besondere Spannungsverhältnis zwischen hoher Pflege-notwendigkeit und dem Anrecht auf selbstbestimmter Lebensgestaltung für die BewohnerInnen befriedigend aufzulösen, ist für alle Beteiligten herausfordernd.

Beim Hören der persönlichen Erfahrungsberichte der VertreterInnen des Heimbeirates zur Fortbewegung in der Stadt stockt mir deshalb an diesem Nachmittag manchmal



Bild: Klaudia Naceur

der Atem. Mit dem Rollstuhl mangels Barrierefreiheit umzukippen, während sie die Straßenbahn rückwärts verlassen, scheint allen in der Runde schon passiert zu sein. Während ich mir vorstelle, wie sich die Hilflosigkeit eines weitestgehend bewegungsunfähigen und teilweise mit Atemgerät an den Rollstuhl gebundenen Menschen in einer solchen Situation anfühlt, berichten sie davon vollkommen ohne Selbstmitleid. Sie scheinen sich einig, für sie ist in Leipzig einiges in den letzten Jahren besser geworden. Das jedoch die Stadt Leipzig sich außer Stande sieht, die bereits 2013 in Deutschland in Kraft getretene und deutlich länger bekannte Frist zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für vollständigen Barrierefreiheit an Haltestellen des ÖPNV bis zum 01.01.2022 einzuhalten und die städtischen Akteure weiterhin „provisorisch“ Haltestellen ohne Barrierefreiheit errichten, ist für sie unverständlich.



Sommer, Sonne, Sozialismus!

Marco Böhme Das LINKE Sommerfest in Leipzig in diesem Sommer endete mit einem Besucher*innenrekord und einem klaren friedenspolitischen Statement.

Dieses Jahr hat der Stadtbezirksverband Südwest sein nunmehr 4. Kinder- und Sommerfest auf den Anti-Kriegstag am 01. September verlegt. Dazu schloss sich die Friedensdemo der LINKEN Leipzig vom Marktplatz mit einer Fahrraddemo zum Karl-Heine-Platz an. Mit Hüpfburg, Soft-Eis, Graffiti-Workshop, Live-Musik, Popcorn und Zuckerwatte haben wir gezeigt, dass wir Menschen zusammenbringen können um gemeinsam einen schönen Tag zu begehen. Dabei kamen natürlich

auch die politischen Inhalte nicht zu Kurz. Denn dieses Sommerfest stand klar unter dem Motto, um gegen Waffenexporte und Krieg zusammen zu stehen. Gerade auch in diesen Zeiten, wenn auch im Inland Gewalt von Rechts immer häufiger auf der Tagesordnung steht. Denn #wirsindmehr! Hier und überall, wir müssen nur lauter und klarer dem rechten Mob widersprechen. Und das gemeinsam!



Bild: Kay Kamieth

Neues für unsere neuen Mitglieder

Stephan Sander Über unsere kommenden Neumitgliedertreffen

Für den Herbst haben wir wieder einige besondere Veranstaltungen für unsere neue(re) n Genossinnen und Genossen (sowie alle anderen Interessierten) geplant: So wollen wir uns bei den nächsten beiden Neumitgliedertreffen mit den Themen „Arbeiten in der Stadtverwaltung – eine Perspektive für uns GenossInnen?“ und „Demokratische Meinungsbildung von und für Schüler“. Auch ein (Neu)Mitgliederseminar ist geplant. Ersteres wollen wir bei unserem Neumitgliedertreffen am 28.09.2018 besprechen. Los geht es um 18:00 Uhr im Neuen Rathaus. (Treffpunkt ist allerdings schon 17:45 Uhr am Personaleingang, links um die Ecke vom Haupteingang, da wir nur gemeinsam eingelassen werden!) Zu Gast ist Heiko Rosenthal, unser Bürgermeister und Beigeordneter für Umwelt, Ordnung und Sport in Leipzig. Passend zum Thema möchte er mit uns darüber reden, welche Jobs es in der Stadtverwaltung

so gibt, welche Voraussetzungen man dafür erfüllen sollten und sicherlich auch, welche Perspektiven und Arbeitsbedingungen die Stadt Leipzig zu bieten hat. Denn um erfolgreich Politik zu machen, ist es ja nicht nur wichtig gute Politiker zu haben, die sich Gedanken darüber machen, was in der Stadt geändert werden muss, sondern es bedarf auch einer effektiven Verwaltung, (zu der auch die BürgermeisterInnen gehören,) die diese Vorschläge umsetzt. Warum sollten dann nicht auch Mitglieder unserer Partei eine Beschäftigung in der Verwaltung anstreben? Wer sich also vorstellen könnte, mal in der Stadtverwaltung tätig zu werden, oder vielleicht direkt eine Ausbildung bei der Stadt zu machen, kann bei diesem Treffen viel Wissenswertes erfahren und Heiko natürlich alle Fragen stellen, die ihr oder ihm dazu einfallen. Unser Neumitgliedertreffen im Oktober richtet sich dann im Besonderen an die Schü-

lerInnen unter uns: Wir möchten und bei diesem Treffen über Möglichkeiten der Beteiligung von Schülerinnen und Schüler an der demokratischen Willensbildung reden. Denn sicherlich hat noch nicht jede(r) etwas von Institutionen wie dem Jugendparlament oder SchülerInnenräten gehört. Unser Genosse Rudy Brabec möchte euch deshalb diese Gremien, ihre Aufgaben und Beteiligungsmöglichkeiten vorstellen. Das Treffen findet am 26.10.2018 um 18:00 Uhr im Liebknecht-Haus statt. Natürlich wollen wir im Anschluss zum thematischen Teil auch wieder ganz ungezwungen ins Gespräch kommen und den Abend ausklingen lassen. Für Fragen aller Art stehe ich euch natürlich gerne zur Verfügung, schreibt mir einfach an stephan.sander@dielinke-leipzig.de.



Bilder: Klaudia Naceur

Drei Wochen auf Tour durch Leipzig und Umgebung

Klaudia Naceur Sören Pellmann (MdB) nutzt sitzungsfreie Zeit für Bürger-Gespräche

Drei Wochen lang tourte der Leipziger Bundestagsabgeordnete Sören Pellmann (Die LINKE) während der mehrwöchigen Sitzungspause des Deutschen Bundestages durch Leipzig und das Leipziger Umland und nahm dabei über 50 Termine wahr. „Die Resonanz seitens der Bürgerinnen und Bürger war durchweg positiv“, resümiert Pellmann, dem der Austausch mit den Leipzigern besonders wichtig ist. Bereits im Frühjahr begab er sich auf Tour durch seinen Wahlkreis und will dieses Angebot fortan weiter verstärken. „Ich nehme jede Menge Anregungen für die parlamentarische Arbeit sowohl im Bund als auch in der Kommune mit“, erklärt Pellmann. Gespräche führte er aber nicht nur an diversen Informationsständen, sondern auch bei Treffen mit Vertretern verschiedener Vereine, wie beispielsweise dem 1. FC Lokomotive

Leipzig und FC Blau-Weiß Leipzig. „Dieser Austausch war für mich enorm bereichernd. Man bekommt ganz neue Einblicke und kann auch mal den eigenen Horizont erweitern“, so der Bundes- und Kommunalpolitiker. An diesem Konzept wolle er festhalten. In der letzten Woche der Sommertour stand im Rahmen der Aktion „Perspektivwechsel“ auch ein Besuch des Prof. Peter-Uibe-Hauses, einem Wohnhaus für körper- und mehrfachbehinderte Erwachsene auf dem Programm. „Perspektivwechsel“ ermöglicht es Politikern, die Arbeit in karitativen oder sozialen Einrichtungen kennenzulernen, in dem sie selbst einen Tag lang tätig sind. „Nun, das ging in diesem Haus aufgrund der besonderen Anforderungen leider nicht. Aber im Gespräch mit den Mitarbeitern vor Ort und bei der Begleitung des Alltags konn-

te ich mir einen guten Eindruck verschaffen und bin schwer beeindruckt - sowohl von der Arbeit, die dort tagtäglich geleistet wird, als auch von den Menschen, die in diesem Haus leben“, sagt der behindertenpolitische Sprecher der LINKEN-Fraktion im Bund Pellmann anschließend.

Bevor er sich wieder seinen parlamentarischen Aufgaben widmet, gab es zum Abschluss am 31. August ein kleines Fest in der Leipziger City, das vor allem den Jüngeren gefallen haben dürfte. Mit Hüpfburg, Glücksrad und jeder Menge Luftballons sorgte Sören Pellmann im Salzgäßchen für strahlende Kinderaugen, während die Erwachsenen zahlreich den letzten Termin der diesjährigen Sommertour für ein Gespräch nutzten.





Sommertour durch den Süden

Jule Nagel Zehn Angebote in acht Ortsteilen

Zum dritten Mal nutzten mein Team und ich den Sommer für eine Tour durch den Wahlkreis. Auch eine eigene Wahlkreiszeitung mit Beiträgen zum Thema Wohnen, Stadtentwicklung, ÖPNV und den Sorgen von Spätabtreiber*innen war an Bord.

In jedem der acht Ortsteile des Süd-Landtagswahlkreises waren wir in fast drei Wochen mindestens einmal zu Gast.

Start war an einem Freitagabend am Südpfad. Mit dem gewohnten Nachtfeststand inklusive Popcorn, Sekt, Infomaterial und Live-Musik wurden mit tatkräftiger Unterstützung von Neumitgliedern zahlreiche Nachtschwärmer*innen auf der Karli erreichen. Weiter ging es mit dem traditionellen Sommerfest des Stadtbezirksverbandes Süd, diesmal an der Märchenwiese in Marienbrunn. Bei sommerlichen Temperaturen freuten sich einige Bewohner*innen des Viertels über unsere Aktion – wie gewohnt mit Speis und Trank, Kinderbespaßung, Stadtteilquiz, Akrobatik und Tombola. Ein Dank geht hier auch an die Genoss*innen aus Marienbrunn, darunter unseren Stadtrat Siggis Schlegel, für die tatkräftige Unterstützung.

Am 21. und 24. August zog es uns in die am Stadtrand gelegenen Ortsteile Meusdorf und Liebertwolkwitz: Mit Verteilaktionen und einem Infostand zeigten wir hier Präsenz.

Die darauffolgenden sieben Tagen standen im Zeichen von inhaltlichen Diskussionen: Die Frage stadtpolitischer Kämpfe und linker Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik stand im Mittelpunkt der Diskussionsveranstaltung „Kann Leipzig von Berlin lernen“. Katalin Gennburg, Mitglied des Abgeordnetenhauses in Berlin und Mathias Weber, Stadtrat in Leipzig, diskutierten mit mir über die rasanten Entwicklungen bei Mietentwicklungen, das Gebahren von privaten Immobilieneigentümern und Instrumenten gegen steigende Mieten, für eine behutsame Stadtentwicklung, die nicht nur aus Bebauung,

sondern auch aus dem Erhalt von Frei- und Grünflächen besteht und die Durchsetzungskraft gegen Immobilienunternehmen. Mehr als 50 Menschen besuchten die Veranstaltung in der Galerie kub in der Südvorstadt.

Am Montag, dem 27. August, ging es im Bildungszentrum des ASB in Probstheida um den Pflegenotstand. Trotz geringer Besucher*innenzahl entwickelten sich hier spannende Debatten darüber, wie der Mangel an Pflegekräften behoben, vor allem aber auch die Arbeitsbedingungen verbessert werden können. Den Input hielt die wissenschaftliche Mitarbeiterin Heike Prestin. Als Gast konnten wir unter anderem die Leipziger Regionalleiterin des ASB begrüßen.

Die erste Veranstaltung im neuen linXXnet in der Brandstraße 15 widmete sich der Frage der Seenotrettung. In einer höchst spannenden Diskussion berichteten Engagierte der Mission lifeline, von Sea-Watch und Sea-Eye sowie unser Bundestagsabgeordneter Michel Brandt, der die festgesetzte Lifeline als parlamentarische Beobachter besuchte, über die aktuellen Herausforderungen auf diesem wichtigen Gebiet der humanitären Hilfe.

Mit der Open-Air-Lesung am Donnerstag, dem 30. August, wagten wir in Löbnitz ein Experiment. Die Lesung mit Prof. Peter Porsch aus seinem pointierten Buch „Linke Dispute: Anregungen, Polemiken und Kopfnüsse aus linker APO-Zeit“ erregten wir mitten im Plattenbauviertel zumindest Aufmerksamkeit.

Viel Zuspruch erhielt der Vortrag des Bürgerrechts-Urgesteins Heiner Busch. Der Redakteur des Magazins CILIP - Bürgerrechte und Polizei und Vorstandsmitglied des Grundrechtenteams zeichnete in seinem Vortrag Ursprünge und Inhalte der bundesweit sich derzeit vollziehenden Polizeigesetzverschärfungen nach. Auch in Sachsen liegt ein entsprechender Gesetzentwurf vor, der polizeiliche Kompetenzen weit ins Vorfeld von konkreten Gefahrenlagen verlagern und er-

weitern soll. Insbesondere das Konstrukt des „Gefährders“ ist Leitbild der Polizeigesetz-Änderungen, ein Begriff, der rechtlich nicht normiert ist und mit dem jede und jeder zur potentiellen Straftäter*innen gemacht wird. Den Abschluss der Südtour machte eine Diskussionsrunde zu Landwirtschaft. In der Gärtnerei Fuchs in Dölitz diskutierten Kathrin Kagelmann, die Sprecherin für Agrarpolitik der LINKEN im Landtag, Christian Mehlgarten von der Gärtnerei und Jonas Feustel, selbst Imker, über die Herausforderungen von Landwirtschaft im Zeichen von Klimawandel, Industrialisierung und Profimaximierung. Insbesondere die (notwendige) staatliche Subventionierung der Landwirtschaft muss stärker an ökologische Kriterien geknüpft werden, so die Position unserer Abgeordneten. Jonas Feustel machte zusätzlich die Forderung nach kleinteiligen Produktionsstrukturen stark. Christian von der Gärtnerei sprach die Frage regionaler Wirtschaftskreisläufe an, die von Aktiven des Projektes „Rote Beete“, ein Landwirtschaftsprojekt in Seelis bei Leipzig, unterstützt wurde. In der fast zweistündigen Diskussion plädierten Gäste auch für stärkere Eingriffe des Staates zugunsten ökologischer Produktionsweisen und eine verstärkte Bildung der Verbraucher*innenseite.

Der für den 2. September geplante Sportpolitische Ratschlag musste wegen sich geänderter Fußball-Spiel-Ansetzungen verschoben werden und wird nachgeholt.

Die Wahlkreistour war vor allem dank des Kräfteinsatzes des linXXnet-Kollektivs ein guter Erfolg. Neben dem Veranstaltungsmarathon konnten an die 7.000 Zeitungen verteilt werden. Nicht zuletzt wollen wir mit der Präsenz in den Ortsteilen und Formaten, die über die traditionellen Infostände hinausgehen, zeigen, dass unsere Politik vielseitig ist und Inhalte setzt und zur Diskussion stellt. Fest steht: Wir sind gut gerüstet für die Wahlkämpfe im kommenden Jahr.



Bild: Tim Wagner

Klimacamp Leipziger Land

Charlotte Papke Bericht einer Besucherin

Schon die Anreise ist beeindruckend: Von der S-Bahn-Station Neukieritzsch im Süden Leipzigs radelt man an der Kante der Kohlegrube entlang, die gar nicht mehr aufzuhören scheint. Schließlich sieht man auf der anderen Seite – kurz hinter der Abbruchkante – den Kirchturm von Pödelwitz, wo das Camp stattfindet. In dem Dorf leben noch 27 der ehemals ca. 130 Einwohner_innen – der Rest ist bereits umgezogen, denn das Dorf soll abgebaggert werden. Ein Großteil der Häuser ist bereits verkauft, an den Kohlekonzern Mibrag. Sie sind mit „Betreten verboten“-Schildern markiert. Ein bisschen gruselig, dieses halbleere Dorf. Allerdings nicht in der Woche vom 28.07. bis zum 05.08. 2018: Dann schlagen hier über 1000 Klimaaktivist_innen ihre Zelte auf, um eine Woche gemeinsam zu lernen, zu diskutieren, Aktionen vorzubereiten und ein bisschen Utopie auszuprobieren! Die Stromversorgung erfolgt zum Großteil über die aufgestellten Solar-Panels, es gibt Komposttoiletten statt Dixi-Klos und ein Küchenteam versorgt alle mit veganem Essen. Auf Partizipation und Hierarchieabbau wird großen Wert gelegt: alle können sich jederzeit in verschiedene Arbeitsgruppen und Plena einbringen, oder im Open Space Workshops anbieten. Partizipation heißt auch, dass alle einen Teil der notwendigen Arbeit übernehmen, etwa Kochen, Kinderbetreuung oder – für die ganz Mutigen – Klos putzen. Tagsüber gibt es verschiedene Workshops, Podiumsdiskussionen und Exkursionen. Fragen der Klimagerechtigkeit werden sowohl auf globaler Ebene diskutiert (z. B. in den Workshops „Klima & Kapitalismus“ oder „Kli-

ma als Fluchtursache“) als auch auf lokaler Ebene, z. B. Frage, wie wir die verbliebenen Menschen in Pödelwitz bei ihrem Kampf gegen die Mibrag unterstützen können. Ein Schwerpunkt der Veranstaltungen liegt auf dem Themenkomplex „Degrowth und Care“. Außerdem werden Aktionstrainings und Rechtsberatung zum Verhalten auf Demos angeboten. Viele der Workshops finden auf Englisch statt, oder werden verdolmetscht, denn es sind Klimaaktivist_innen aus aller Welt gekommen, unter anderem aus Kolumbien und Indien.

Ergänzt wird das Programm durch Theater, Konzerte, Kino, Yoga oder Kontaktimprovisation. Deswegen fühlt sich das Ganze auch ein bisschen wie ein Festival an, mit deutlich mehr politischem Inhalt. Es geht allerdings gesitteter zu als auf vielen Festivals: Der Umgang miteinander ist auffällig freundlich und rücksichtsvoll, Teilnehmende erinnern sich gegenseitig daran, sich vor dem Essen die Hände zu waschen und zu desinfizieren wegen der Keime, die sich bei der großen Hitze schnell verbreiten können. Doch nicht alle scheinen das Klimacamp als harmlos einzuschätzen: die Polizei zeigt demonstrativ Präsenz an allen Zufahrtsstraßen zum Camp. Zum Abschluss des Camps wurde am Samstag eine Fahrraddemonstration vom Bündnis „Pödelwitz bleibt“ organisiert, an der etwa 150 Menschen teilnahmen. Außerdem gelang es 350 Aktivist_innen der Gruppe „Kohle ersetzen“ die Zufahrtsstraße zum Braunkohlekraftwerk Lippendorf zu blockieren.

Klimakiller Kapitalismus?! LINKE Klimaschutzkonferenz zur Wirtschafts- und Energiepolitik am 20. Oktober 2018 in Leipzig

Die Debatte über den strukturellen Rassismus des deutschen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells trifft in Sachsen auf eine traditionelle, monostrukturierte Energiewirtschaft mit zwei riesigen Braunkohlerevieren und zahlreichen Kraftwerken, was insbesondere in der wirtschaftlich benachteiligten Lausitz zu Ängsten vor einem weiteren Strukturbruch nach der politischen Wende 1990 führt. Unter diesen Bedingungen diskutiert DIE LINKE Sachsen die zentrale ethisch-politische Herausforderung unserer Zeit, den Klimawandel, in einer Konferenz mit verschiedenen Expertinnen und Experten, Aktivistinnen und Aktivisten und allen Interessierten aus den Bereichen Umwelt, Energie und Wirtschaft. Tazio Müller, Klimaaktivist und Referent für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, wird in seinem Eingangsreferat Widersprüche aufzeigen, die die tiefgreifenden ökologischen und technologischen Entwicklungen in unserer Gesellschaft hervorrufen. Anschließend werden in vier Panels mit Expertinnen und Experten sowie den Teilnehmenden einzelne Facetten des Themas strittig diskutiert und gemeinsam Thesen erarbeitet. So etwa zu der Frage, ob und wie der Allerweltsbegriff „Nachhaltigkeit“ links definiert werden kann, ob dem Klimawandel am besten mit grünem Wachstum oder Verzicht begegnet werden sollte, ob Klima- und Naturschutz in der Energiewende im Gegensatz zueinander stehen oder ob solche innovativen Lösungsansätze wie ein (regionales) bedingungsloses Grundeinkommen als Modell zur sozialen Begleitung von Strukturwandelprozessen in Braunkohleregionen dienen kann.

Sa. 20. Oktober, 09:30 – 17:00
Uhr, Felsenkeller Leipzig, Karl-
Heine-Str. 32, 04229 Leipzig

Bilder von oben: unbekannt | Adam Bednarsky | Uwe Schröder



3 Bilder aus dem Sommer

Bild links oben: #Seebrücke: Über tausend Menschen versammelten sich am 4. August 2018 zur Demonstration: Leipzig zum sicheren Hafen machen!, um gegen die herrschende Flüchtlingspolitik zu protestieren. Auch DIE LINKE. Leipzig unterstützt den Aufruf der Leipziger Seebrücke.

Bild rechts oben: DIE LINKE macht sich in Sachen Soziale Beratung fit, um künftig selbst in ihren Büros Grünau und Gohlis sozial-beratend tätig zu werden. Im Bild: Ein Workshop vom 7. August.

Bild rechts unten: Ende Juni hatte die Initiative „Weltoffenes Gohlis“ in Kooperation mit dem Team Nord der Streetworker der Stadt Leipzig, dem Roter Stern 99 e.V. und dem Bürgerverein Gohlis e.V. zum erneut ein Fußballturnier veranstaltet (siehe Artikel unten auf dieser Seite).



Hattrick vom Feinsten

Andreas Praße Fußballturnier in Gohlis

Am 30. Juni hatte die Initiative „Weltoffenes Gohlis“ in Kooperation mit dem Team Nord der Streetworker der Stadt Leipzig, dem Roter Stern 99 e.V. und dem Bürgerverein Gohlis e.V. zum dritten Mal zum fußballerischen Tanz im Gohliser „Stadion des Friedens“ geladen.

Der Einladung zum 3. Interkulturellen Fußballturnier sind zehn Mannschaften gefolgt, die ausgesprochen hochklassigen Fußball boten. Fairplay und Freundschaft prägten alle Spiele. Nach jedem kleinen Foul (Grobe gab es nicht.) folgte ein Handschlag und ein Lächeln. Die vier besten Mannschaften der Vorrunde lieferten sich dann spannende und knappe Duelle in der Endrunde. Leider musste der Vorjahreszweite – Durchblick e.V. – trotz einer Klasseleistung nur durch das schlechtere Torverhältnis vorzeitig ausscheiden. Den dritten Platz eroberte das Team von Mama Africa aus der EAE Max-Liebermann-Straße im 9-Meterschießen gegen den Roten Stern. Strahlende Sieger waren dann die Somalia Jungs durch ein 1:0 im Finale gegen Bacche, einem italienisch-marokkanisch-syrischen Team, das bewundernswürterweise nur mit

sieben Spielern angereist war, so dass alle ohne Auswechslung durchspielen mussten – Chapeau!

Es war eine tolle Veranstaltung. Unser Dank gilt allen fleißigen Helfer*innen, die einen reibungslosen Ablauf des Turniers gewährleistet haben. Hervorheben möchte ich die drei tapferen Jungs vom FC Blau-Weiß Leipzig e.V., die uns hervorragend als Schiedsrichter unterstützt haben, auch wenn die meist älteren Spieler immer etwas zu meckern hatten.

1000 Dank geht auch an alle, die durch ihre Spenden die dritte Auflage des Turniers finanziell ermöglicht haben: Herr Dr. Björn Opfer-Klinger, der Roter Stern Leipzig 99 e.V., die Genoss*innen des Stadtbezirksverbands Nord unserer Partei, der SPD-Ortsverein Leipzig-Nord, MdB Frau Daniela Kolbe, unser Stadtrat Genosse Werner Kujat, Genosse Siegmund Mai und Genosse Tobias Friese.

📹 Video: <https://youtu.be/MccwbTB8qkU>

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Landtagswahl 2019:** Zur weiteren Vorbereitung der Landtagswahl bittet der Vorsitzende der Leipziger LINKEN Adam Bednarsky alle, die sich eine Kandidatur in einem der sieben Landtagswahlkreise von Leipzig vorstellen können, mit ihm unter adam.bednarsky@dielinke-leipzig.de Kontakt aufzunehmen.
- **Spende für einen ruhigen Schlaf:** Auch im kommenden Winter werden wohl wieder hunderte wohnungsloser Menschen auf den Straßen Leipzigs frieren. Wir als linXXnet sammeln daher jetzt schon Schlafsäcke. Gib entweder die Schlafsäcke direkt im linXXnet (Brandtstr. 15) oder INTERIM (Demmeringstr. 32) ab oder überweise deinen Spendenbeitrag an folgendes Konto: linXXnet e. V., IBAN: DE79860555921100767300, Verwendungszweck: Schlafsack. Wir übergeben die gesammelten Spenden dann jeweils zur Hälfte an die Streetworker*innen von MachtLos e.V. und an Safe – Straßensozialarbeit für Erwachsene. Die Sammlung endet am 14.10.2018.

aktuelle Termine

Lesekreis zu Karl Marx

„Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band“

Es gibt viele Gründe, „Das Kapital“ (erneut) zu lesen, das Werk, das die Bewegungsgesetze kapitalistischer Gesellschaften enthüllt. Marx analysiert im „Kapital“ nicht nur die Keimformen, aus denen unsere heutige Welt entstand, sondern zeigt in der Entstehungsgeschichte und der Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise.

① Anmeldungen: marxlesenleipzig@gmail.com

① Doodle Terminfindung: <http://gleft.de/2rK>

Die AG Zukunft macht mobil gegen rechte Parolen

Workshop am 3. November

„Andere Völker dürfen ja auch stolz sein auf ihr Land, nur wir Deutschen dürfen das nicht wegen 12 Jahren!!!“ „Man darf ja kein kritisches Wort mehr sagen, ohne gleich in die rechte Ecke gestellt zu werden. Meinungsfreiheit ist längst tot.“ „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ Solche und ähnliche Aussagen begegnen uns im Wahlkampf, an Infoständen, beim Verteilen von Flyern und Hängen von Plakaten, in der Schule, im Betrieb, beim Familiengeburtstag. Das wortlose Hinnehmen dieser Äußerungen wird häufig als stillschweigende Zustimmung gewertet und animiert denjenigen oder diejenige gegenüber zum weiteren Verbreiten seiner / ihrer Thesen. Doch wie reagiert man in unterschiedlichen Situation am besten auf derartige, auch rassistische Parolen? Welche Strategien und Handlungsmöglichkeiten gibt es? Was sind häufig rassistische Argumentationsmuster und deren Funktionsweise? Wie überwinde ich die erste Schrecksekunde? Zu diesen und weiteren Fragen bietet die AG Zukunft – ab November 2018 – das Seminar „Linke Argumente gegen rechte Parolen“ an. Die erste Veranstaltung findet am Samstag, den 03. November 2018, im Liebknecht-Haus (Braustraße 15, 04107 Leipzig) von 10 bis 14 Uhr statt. In diesem Zeitraum ist die Betreuung der Kleinsten auf Nachfrage möglich. Ein Mittagsimbiss wird für das leibliche Wohl der Teilnehmenden sorgen.

Die AG Zukunft lädt alle Genossinnen und Genossen herzlich dazu ein, sich ab sofort für das Seminar „Linke Argumente gegen rechte Parolen“ anzumelden. Anmeldungen an stefi.deutschmann@die-linke-in-leipzig.de oder 0341/140 644 11.

Das neue Polizeigesetz in Sachsen - Informationen und Diskussion

Der Vorstand der Basisgruppe Messemagistrale lädt unter dem genannten Thema zum Bildungsabend ein. Diskussionspartner: Enrico Stange, MdL, Fraktion DIE LINKE, Sprecher für Innenpolitik, Landesentwicklung, Bauen und Wohnen.

Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10a
Mittwoch, 24. Oktober, 18:00 Uhr

Wie holen wir uns die Platte zurück? (Reihe: Rosa L.)

Es ist zum verrückt werden: Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer, die Leute immer unzufriedener, und trotzdem kommt niemand zu linken Veranstaltungen in Grünau. Auf dieser Abendveranstaltung wollen wir mit Robert Maruschke darüber nachdenken, wie wir das Ruder gemeinsam rumreißen können. Robert leitet die Diskussion mit einem Vortrag ein, in dem er erfolgversprechende erste Schritte aus anderen (ostdeutschen) Städten beschreibt. Hören wir auf zu warten und holen wir uns die Platte zurück! Robert Maruschke steckt seit über zehn Jahren knietief in praktischen Fragen der Organisierung. Erst aktivistisch, dann auch noch wissenschaftlich und nun als Beschäftigter in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN. Sören Pellmann ist Mitglied des Bundestages für Die LINKE und Fraktionsvorsitzender der Fraktion Die LINKE. im Stadtrat zu Leipzig.

Do. 18. Oktober, 19.00 Uhr, OFT
„Völkerfreundschaft“, Stuttgarter Allee 9

Fit für die Arbeit in der Partei DIE LINKE

Am Anfang gehts ganz einfach: Du meldest Dich online an und schon ist man in der Partei. Aber dann? Wo mitmachen? Wie mitmachen? Was ist die Partei Die Linke eigentlich? Jenseits von bekannten Gesichtern aus den Medien? Wie ist die Partei entstanden? Wie funktioniert die konkrete Mitarbeit in der Partei? Für alle diese Fragen gibts das „Fit für die Arbeit in der Linken“ - Seminar. Wir freuen uns darauf, Dich kennenzulernen! Anmeldungen bitte bis spätestens 1. Oktober hier: channecks@gmail.com

Sa. 20. Oktober, 10:00 Uhr,
Liebknecht-Haus, Braustr. 15

Impressum

Herausgeberin:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck

regelmäßige Termine

Stadtvorstandssitzung

2. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

Neumitgliedertreffen

letzter Freitag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Linksjugend Leipzig (Jugendverband)

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, linXXnet (Plenum)

DIE LINKE.SDS (Studierendenverband)

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, GWZ 4.116

AG Antifa (Web: agantifa.blogspot.de)

1. & 3. Mittwoch, 19:00 Uhr, linXXnet

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Cuba si

2. Dienstag, 17:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Europa

bisher unregelmäßige Treffen, auf Nachfrage

AG Frieden

2. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Internationale Solidarität

2. Dienstag, 19:00 Uhr, INTERIM

AG Kunst & Kultur

3. Montag, 17:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG LISA - emanzipatorische Frauengruppe

4. Freitag, 15:00 Uhr, INTERIM

AG Ökologie der Linksjugend

1. Montag, 19:00 Uhr, linXXnet

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Stadtentwicklung

letzter Donnerst., 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Zukunft beim Stadtvorstand

1. Mittwoch, 17:30 Uhr, Liebknecht-Haus

Marxistisches Forum

4. Mittwoch, 18:00 Uhr, Friedrich-Ebert-Str. 77

Ökologische Plattform ADELE

1. Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Steffi Deutschmann, Tilman Loos, Sören Pellmann.

Gestaltung: Tilman Loos

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 01.10., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.

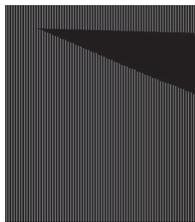
LEIPZIGS NEUE SEITEN

Ein Vertrag läuft aus ...

Eine Ahnung wird zur Gewissheit: »Karstadt« hat in Leipzig seinen rund 400 Beschäftigten gekündigt. Das historische Gebäude wird im März 2019 schließen, weil der Vertrag mit einem Vermieter aus Luxemburg ausläuft. Die Rezeptur »Ware bis zur Bahre«, die seit zwei Jahrzehnten auch das Leipziger Stadtzentrum beherrscht, ist offenbar ausgereizt. Wohnungen am Brühl wurden in bester Wohnlage abgerissen, um ein Verkaufszentrum hinzuklotzen. Der Hauptbahnhof ist ebenfalls ein Warenhaus. Zielgenau, neben dem historischen Karstadtgebäude, baute »Kaufhof« einen nagelneuen Verkaufstempel. Danach entstand mit Primark ein umstrittener Billiganbieter am Brühl.

Und alle bieten: Klamotten, Kosmetika, Schuhe, Schmuck und Kinkerlitzchen ... bis zum »Gehntichtmehr«. Die Geldbörsen vieler sind ebenfalls ausgereizt, das Internet reizt da kräftig mit. Dieser Wahnsinn hat Methode ... mit weiteren Folgen.

Euer **L**ipsius



**Es ist leicht,
ein Werk zu kritisieren.
Aber es ist schwer,
es zu würdigen.**

Luc de Clapiers Vauvenargues (1715 - 1747)

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel.: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Bankverbindung: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE60 8605 5592 1150 1148 40
BIC: WELADE8XXX

Sprechzeiten: nach Vereinbarung (Tel. / Mail)

Redaktion: Ralf Fiebelkorn, Dr. Volker Külow (V.i.S.d.P.),
Daniel Merbitz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3. September 2018



Leipzig ist eine internationale Plakatstadt mit Tradition, die bis in die Gegenwart lebendig geblieben ist.

Schon zum vierten Mal findet in Leipzig die Internationale Plakatausstellung (IPA) statt. Der vom Verein zur Förderung visueller Kultur

e.V. mit viel Engagement und Umsicht über die Internetplattform www.plakat-sozial.de weltweit kommunizierten Einladung folgten erneut Plakatkünstler aus aller Welt.

226 Autoren aus 35 Ländern reichten insgesamt 769 Plakate ein; 86 wurden von der Jury – in der Mehrzahl aktive Plakatkünstler – für die neue Ausstellung ausgewählt. Vom 29. September bis 19. Oktober ist sie im Verein Deutsches Museum für Galvanotechnik e.V. (Torgauer Strasse 76 b) zu sehen. Den Initiatoren geht es darum, führende Plakatgestalter aus aller Welt einzuladen, um ihre Arbeiten, die sich als authentische Kommentare zu den Themen der Zeit verstehen, in einer Ausstellung zu vereinen und öffentlich zu machen. Entsprechend des Aufrufs »Demokratie – vor allem« werden insbesondere Werke präsentiert, die demo-

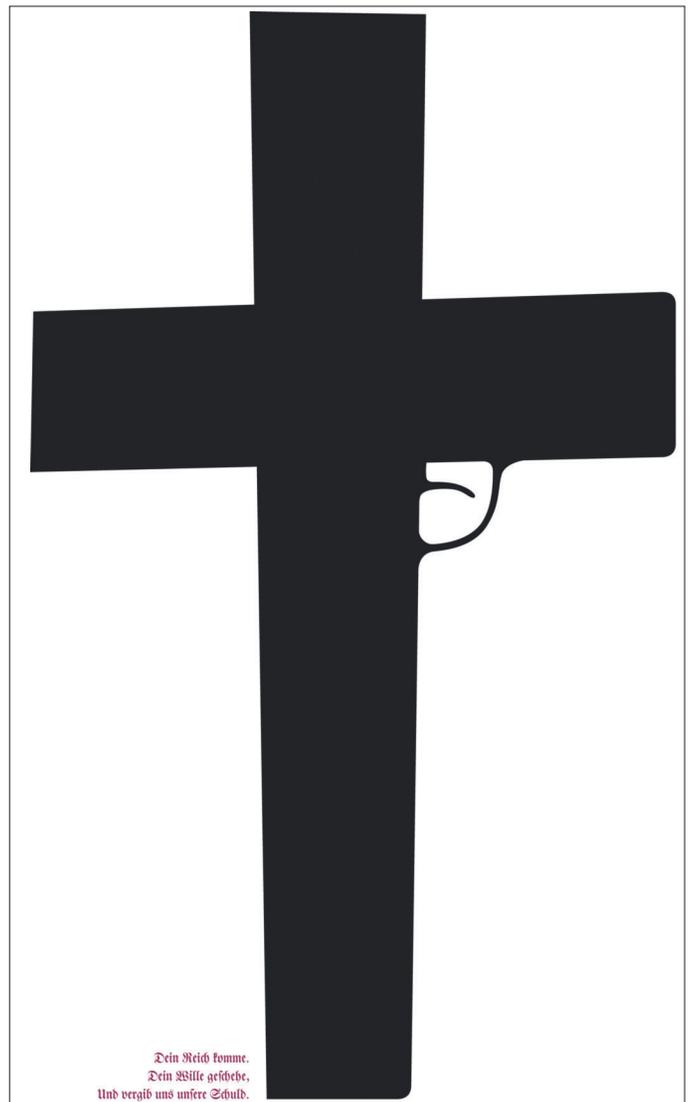
kratische Bewegungen weltweit auf sehr persönliche Art widerspiegeln. Ein weiteres Ziel der IPA besteht darin, Plakatkünstler global zu vernetzen und den Urhebern Öffentlichkeit zu verschaffen. Das geschieht auch jenseits der Ausstellungen.

Ein international beachteter Plakatwettbewerb zum Thema »Occupy – wath's next« wurde z.B. gemeinsam mit Kollegen in San Francisco veranstaltet und dessen Ergebnis u.a. im Rathaus zu Leipzig gezeigt.

Für diese und weitere Aktivitäten wurde der ausrichtende Verein plakat-sozial gemeinsam mit dem Verband der Grafikdesigner Sachsen bereits 2014 mit der Plakette »Leipzig – Ort der Vielfalt« ausgezeichnet.

Die Methode, sowohl unter dem Namen ihrer Autoren Plakate im Internet zu publizieren als auch eine repräsentative Auswahl davon in jährlichen Ausstellungen zu präsentieren, bestimmt die Arbeitsweise des Vereins seit seiner Gründung. Inzwischen können auf der Webseite, die gleichzeitig das Zentrum internationaler Vernetzung ist, ca. 600 Plakate von über 100 internationalen Grafikdesignern betrachtet werden.

Volker Külow



2. Leipziger Plakatpreis 2018

Design: Falk Fiedler

Dimensionen

Titus Schade, Jahrgang 1984, Maler, Sohn des Giebichenstein-Kunstprofessors und erfolgreichen Grafikers Rainer Schade, hat an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig (HGB) studiert und ist Meisterschüler von Neo Rauch.

Das von ihm in enger Zusammenarbeit mit der Bühnenbildnerin Marialena Lapata entworfene Bühnenbild für die Leipziger Inszenierung von Elfriede Jelineks »Wolken.Heim«, unter der Regie von Enrico Lübbe, ist Mittelpunkt der Ausstellung »Titus Schade. Plateau« im Museum der bildenden Künste (MdbK). MdbK und Schauspiel setzen ihre Kooperation damit fort.

Das Gemälde »Der Kiosk« (2012) ist die Vorlage oder vielmehr die Inspirationsquelle für das Bühnenbild. Hübsch, wie der zweiten eine dritte Dimension hinzugefügt wurde, dank des Künstlers und der Bühnenbildwerkstatt. Das fertige Bühnenbild mit seiner Breite von mehr als zehn Metern funktioniert im Schauspiel Leipzig nicht nur wunderbar als Text und Intention des Jelinek-Stückes unterstützendes Element, sondern im Museum auch als begehbare, moderne Kunst-Installation. Aber nur in der Theatersommerpause. Danach wird es wieder im Schauspiel gebraucht.

Titus Schade arbeitet mit einem Bildkosmos, der sich aus Architektur und inszenierten Bil-



Titus Schade »Der Kiosk«, 2012, Öl und Acryl auf Leinwand, 100 x 170 cm, Privatsammlung, Foto: Uwe Walter, Berlin/VG Bild-Kunst Bonn, 2018

dräumen zusammensetzt. In kulissenartigen, düster wirkenden, menschenleeren Szenerien entwickelt er Orte, die zwischen Modell- und Bühnensituation changieren. In Titus Schades Gemälden dominiert der konstruierte Bildraum, der Wille zur absoluten Kontrolle des Bildes. Ein Leitmotiv des Künstlers ist das Fachwerk-Rautenmuster. Ein Heimatgrummeln, wie geschaffen für Elfriede Jelineks Bühnenabrechnung mit dem deutschen Mythos. Ich kann gut verstehen, dass der Intendant und Regisseur Enrico Lübbe und sein Chefdra-

maturg Torsten Buß hier eine Bühnentauglichkeit antizipiert haben.

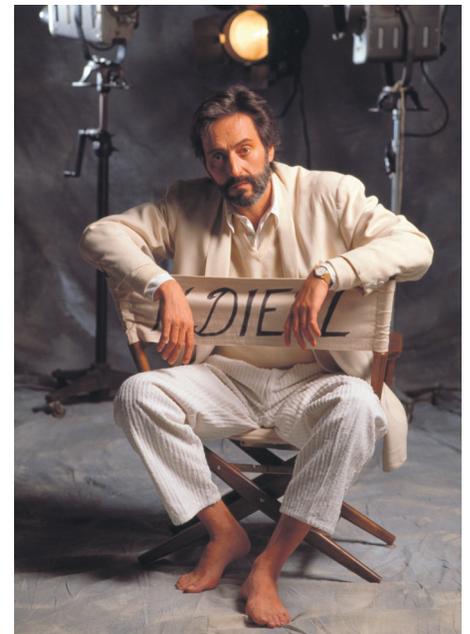
Der Wechsel von der zweiten in die dritte Dimension funktioniert. Und wir haben die seltene Gelegenheit, ein Objekt sowohl in der bildenden als auch in der darstellenden Kunst zu bewundern. Am 29. und 30. November 2018 besteht wieder die Chance dazu, nämlich in der Spielstätte »Disothek« des Schauspiel Leipzig. Dazwischen liegt die vierte Dimension.

Lavinia Hudson

Feine Gesellschaftskritik

An der sogenannten feinen Gesellschaft aber auch am Medienbetrieb hat er sich gern abgearbeitet, genau wie am braunen Ungeist – und dies massentauglich: Helmut Dietl. Das Museum für Film und Fernsehen in Berlin widmet dem 2015 verstorbenen Regisseur und Drehbuchautoren Helmut Dietl aus Anlass der Übergabe des Nachlasses durch Tamara Dietl eine brillante Kabinettausstellung. Dabei wird die Arbeitsweise des Film- und Fernsehregisseurs illustriert, wertvolle Einblicke in Drehbücher und Korrespondenzen gegeben, ergänzt um Arbeits- und Szenefotos, Storyboards, Kostüme, Werbematerialien, Urkunden, Manuskripte, Erinnerungsalben. Eine Medienkompilation präsentiert wiederkehrende Motive und Topoi aus seinem Gesamtwerk, im Spiegelsaal wirkt dies wie eine moderne Video-Installation. Hinsetzen und Zeit nehmen. In der Mediathek sind die Filme von Helmut Dietl sowie zahlreiche Interviews mit ihm in voller Länge individuell abrufbar. Helmut Dietl wurde 1944 im oberbayerischen Bad Wiessee geboren, begann 1966 das Studium der Theater-

wissenschaft in München, wirkte 1968/69 als Regieassistent beim Fernsehen und an den Münchner Kammerspielen. DDR-Bürger mit Westfernsehempfang kannten 1983 die zehnteilige Fernsehserie »Monaco Franze – der ewige Stenz« und 1986 die sechsteilige Satireserie »Kir Royal«. Dem Desaster mit den gefälschten Hitler-Tagebüchern, die den STERN als Magazin Bedeutung beimessen und groß rausbringen sollten, hat Helmut Dietl 1992 eine bissige und eine die latente Nazibegeisterung entlarvende Komödie gewidmet: »SCHTONK!« und dafür den Deutschen Filmpreis in Gold bekommen sowie 1993 eine Oscar-Nominierung als bester fremdsprachiger Film. Humorvoll und pointiert hat er in seinen Filmen und Serien vom Leben erzählt, von der Suche nach Liebe, vom Scheitern von Beziehungen und nicht zuletzt von den mannigfachen Missverständnissen zwischen Männern und Frauen. Posse und Poesie konnte er oft zusammenschmelzen, weswegen der Autor, Regisseur und Produzent sich selbst gelegentlich als »Melodramatiker« bezeichnete.



Helmut Dietl, in den 1990er Jahren

Foto: Karin Rocholl/MFF

»Schwermut und Leichtigkeit – Eine Sonderschau für Helmut Dietl« bis 30. September 2018, Museum für Film und Fernsehen, Filmhaus am Potsdamer Platz, Berlin, Mi.- Mo. 10-18 Uhr, Do 10-20 Uhr

Daniel Merbitz